

01.12.2016
221c

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



Es gilt das gesprochene Wort!

Statement
von Prof. Dr. Harald Suermann,
Direktor des Missionswissenschaftlichen Instituts Missio (Aachen),
bei der Pressekonferenz zur Vorstellung der Arbeitshilfe
zur Situation der Christen auf der Arabischen Halbinsel
am 1. Dezember 2016 in Berlin

Saudi-Arabien ist ein Staat, dessen Verfassung der Koran und dessen offizielle Religion der Islam ist, und zwar in seiner wahhabitischen Ausrichtung. Der Wahhabitismus ist ein puristisch-traditionalistischer Islam. Die Gesetze des Landes beruhen auf dem Koran, der Sunna und der Scharia. Das Land hat weder die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte noch den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte unterschrieben. Dies sind die politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen für die gesamte Bevölkerung Saudi-Arabiens.

In Saudi-Arabien sind 85 bis 90 Prozent der Bevölkerung Sunniten, etwa 15 Prozent sind schiitischen Glaubens. Daneben gibt es etwa 10 Millionen Gastarbeiter, von denen ein großer Teil keine Muslime sind. Die wichtigsten Gruppen sind Hindus, Buddhisten und Christen. Aktuell leben etwa 1,5 Millionen Christen, davon etwa 800.000 Katholiken, im Land.

Laut Koran sind Christen eine geschützte Minderheit, die das Recht hat, ihren Glauben zu leben und eigene Gotteshäuser zu unterhalten, wenn auch die öffentliche Ausübung der Religion stark eingeschränkt ist. Diese Duldung, die vom Koran vorgegeben ist, wird in Saudi-Arabien stark eingeschränkt. Kirchen dürfen nicht gebaut werden, genauso wenig wie alle anderen nicht-muslimischen religiösen Häuser. Es dürfen keine christlichen Symbole öffentlich getragen werden. Der Besitz von Bibeln und anderen religiösen Symbolen kann bestraft werden. Schon im Koran grundgelegt ist das Verbot einer Konversion vom Islam zum Christentum. Ein solcher Religionswechsel gilt als Apostasie, die mit dem Tode bestraft werden muss. In der letzten Zeit sind jedoch keine Hinrichtungen wegen Apostasie bekanntgeworden. Liturgische Feiern sind verboten und können auch privat nur unter großer Gefahr vollzogen werden. Regelmäßig werden solche Feiern von der

Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Tel.: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: www.dbk.de

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischöflichen Konferenz

saudischen Religionspolizei, der muttawa, durch Razzien und Verhaftungen unterbunden. Für viele Christen bleibt nur die Möglichkeit, über Streaming-Angebote im Internet an Gottesdiensten teilzunehmen. Christen, die von der Religionspolizei bei einer liturgischen Feier erwischt werden, erhalten häufig Haftstrafen und werden ebenso häufig des Landes verwiesen. Besonders oft sind davon Filipinos, Äthiopier und Inder betroffen, die auch die größten Gruppen christlicher Gastarbeiter darstellen.

Es gibt innerhalb des Königshauses Versuche Reformen durchzuführen, die das Land wirtschaftlich und gesellschaftlich öffnen sollen. Allerdings beobachten wir auch gegenteilige Bestrebungen, die die aktuellen Verhältnisse stabilisieren wollen. So rief der Mufti von Saudi-Arabien auf, keine Kirchen auf der Arabischen Halbinsel zu dulden.

In welche Richtung sich Saudi-Arabien in der Auseinandersetzung mit dem schiitischen Iran und islamistischen Gruppen wie al-Qaida und IS weiterentwickeln wird, ist im Moment noch nicht abzusehen. Damit ist auch noch unklar, ob Christen und andere religiöse Minderheiten für die Ausübung ihres religiösen Lebens davon profitieren werden.